

## Pankow will keine Passierscheine

Rote-Kreuz-Vermittlung abgelehnt — Zehn Kontrollstellen waren vorgesehen

Berlin (Eigenbericht). Die in letzter Zeit unternommenen Versuche des Senats, mit den Ostberliner Behörden Kontakt über die Einrichtung von Passierscheinstellen zur Erleichterung für den Personenverkehr zwischen beiden Teilen der Stadt aufzunehmen, sind gescheitert. In einer offiziellen Erklärung stellte der Senat fest, daß die „unmenschliche Starrheit des

### Ein Dorn im Auge

Vopos bewarfen Weihnachtsbäume

Mit einem Steinhagel bewarf eine Gruppe von Volkspolizisten die an der Sektorengrenze in Westberlin aufgestellten Weihnachtsbäume. Mehrere der Bäume, die von der Aktion „Licht an die Mauer“ aufgestellt worden waren, wurden dabei erheblich beschädigt.

Die Kommunisten setzten erneut am Potsdamer Platz ihren neuen Lautsprecherwagen mit den besonders starken Großraumlautsprechern ein. Sie strahlten Musik und Propagandasendungen über die Grenze nach Westberlin.

Ulbricht-Regimes“ alle Versuche einer Regelung vereitelt habe. Von alliierter Seite war der Senat ermächtigt worden, Kontakt mit den Behörden in Ostberlin aufzunehmen. Diese Kontakte über Fragen des freien Personenverkehrs und dessen „geringstmögliche Beschränkung“ sollten über das DRK erfolgen.

Die Initiative zu derartigen Verhandlungen war bereits Mitte November vom Senat ausgegangen. Den Ostberliner Behörden sollte vorgeschlagen werden, auf beiden Seiten der

(Fortsetzung auf Seite 5)



### Licht an der Mauer!

#### Weihnachtsbaum am Brandenburger Tor

Auf dem Gelände des Humboldthaines in Wedding fand am Sonntag, dem 17. Dezember, 17 Uhr, das Anzünden der 1000 Weihnachtsbäume an der Sektorengrenze statt. Zu dieser Feierstunde, an der der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, der Regierende Bürgermeister Brandt und der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Dr. W. Schütz, teilnahmen, war die Bevölkerung eingeladen. Die Lichterkette wurde von dem neunjährigen Flüchtling Klaus Haucke, dessen Mutter bei der Flucht der gesamten Familie von der Vopo verhaftet wurde, eingeschaltet.

## Auf dem „Granitblock“ Bornholm wachen nur die Dänen

Sowjetische Protestnote unbegründet — Auf der Ostseeinsel sind keine deutschen NATO-Truppen

Kopenhagen, Dezember 1961

Die dänische Ostseeinsel Bornholm ist durch die sowjetische Protestnote an Dänemark gegen das Einheitskommando der NATO für das westliche Ostseegebiet nach sechzehn „stillen“ Jahren wieder in das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gerückt. Die Sowjetregierung pocht auf eine angeblich von Dänemark gegebene Zusicherung, daß sich auf Bornholm nur dänische Verteidigungsstreitkräfte befinden dürfen. Sie scheint zu glauben, daß Bornholm im Zuge des neuen Kommandosystems eine NATO-Bastion werden könnte.

Dies ist eine irrige Auffassung. Unter den vier Kommandobereichen, die dem Chef des neuen Einheitskommandos nachgeordnet sein werden, gibt es einen Kommandobereich mit rein dänischem Charakter, für den auch keine Stabsoffiziere aus nichtdänischen NATO-Ländern vorgesehen sind: das Kommando der Landstreitkräfte im östlichen Teil Dänemarks, wozu Bornholm gehört. Wenn dieser Kommandobereich als einziger keine gemischten Stäbe hat, so liegt der Schluß nahe, daß Dänemark ausdrücklich Rücksicht auf die Sonderstellung Bornholms zu nehmen wünschte. Moskau scheint entweder wieder einmal unvollständig informiert worden zu sein oder aber versucht bewußt, den NATO-Partner Bundesrepublik erneut zu diffamieren.

Dänemark hält sich an sowjetische Erklärungen über Bornholm, obgleich strenggenommen von einer „Zusicherung“ an die Sowjetunion kaum die Rede sein kann. Nichts spricht dafür, daß Dänemark ein oft vermutetes „Geheimabkommen“ mit den Sowjets getroffen hätte, um die Räumung der am 11. Mai 1945 von der Roten Armee besetzten Insel zu erreichen. Dagegen hat man offensichtlich stillschweigend Erklärungen zur Kenntnis genommen, die von den Sowjets im Zusammenhang mit der Räumung Bornholms abgegeben wurden.

Welchen Inhalt hatten diese Erklärungen? Die Sowjets be-

zeichneten es als eine Voraussetzung für die Räumung Bornholms, daß Dänemark in der Lage ist, dänische Truppen in der für die Verteidigung erforderlichen Größenordnung nach Bornholm zu entsenden und gleichzeitig sicherzustellen, daß die Verwaltung der Insel ohne jede fremde Beteiligung von dänischer Seite übernom-

wollte die Sowjetunion ganz allgemein vermeiden, daß irgendeine große Militärmacht auf Bornholm Fuß faßt. Das ist keineswegs erstaunlich, gesehen vom sowjetischen Sicherheitsbedürfnis aus, denn Bornholm liegt als Granitblock, der sich für eingesprenzte militärische Anlagen glänzend eignet, hart vor der sowjetisch



men wird. Die Sowjets brachten ebenfalls zum Ausdruck, daß Streitkräfte anderer Länder auf Bornholm nicht stationiert werden dürften. Über eine ausdrückliche dänische Anerkennung dieser Voraussetzungen ist nichts bekannt.

Da die deutsche Wehrmacht damals geschlagen war, können sich diese sowjetischen Vorstandsmaßnahmen nur gegen die westlichen Alliierten von damals gerichtet haben, die offenbar schon in jenem Frühjahr 1946 als potentielle Gegner betrachtet worden sind. Zumindest

beherrschten Ostseeküste. Der Abstand ist nicht weiter, als daß die Touristen auf Bornholm bei klarem Wetter drüben die Lichter sehen.

Den Voraussetzungen der Räumung entsprechend hat Dänemark seit 1946 verhältnismäßig starke Streitkräfte unter der Bezeichnung „Bornholms Vaern“ auf der Insel unterhalten. Aber peinlichst ist vermieden worden, die NATO als solche an der Verteidigung Bornholms zu beteiligen.

Siegfried Hansen

## West-Handelspolitik überprüfen

US-Senator fordert Wirtschaftsmaßnahmen gegen Ostblock

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Der republikanische Senator Kenneth B. Keating aus New York, der sich auf einer Europareise über den Ost-West-Handel informierte, hat in Berlin wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Ostblock gefordert. Die kritische Situation in Berlin mache eine gründliche Überprüfung der westlichen Handelspolitik gegenüber dem sowjetisch-chinesischen Block notwendig. Er wisse, sagte Keating,

daß der Interzonenhandel ganz besondere Probleme aufwerfe. Einer Störung des freien Zugangs nach Berlin durch die Sowjetzone könne man aber durch „weitgehende Vergeltungsmaßnahmen im Interzonenhandel und im Handel mit den Machtblöcken begegnen“.

Scharf kritisierte der amerikanische Senator den britischen Entschluß, Flugzeuge an Rotchina zu liefern.

# WEU fordert feste Haltung des Westens

Lemma und Brandt warnten vor Nachgeben in der Berlin-Frage

Paris (ap/dpa/upi). Das in Paris tagende Parlament der Westeuropäischen Union hat zum Abschluß seiner Berlin-Erklärung auf die grundsätzliche Pflicht der westlichen Verbündeten hingewiesen, die Freiheit der Westberliner Bevölkerung zu schützen. Vorher hatten der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, und der Regierende Bürgermeister Brandt eindringlich vor einem Nachgeben in der Berlin-Frage gewarnt.

In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung heißt es, im Falle von Verhandlungen mit Moskau müÙten die Länder der WEU und der NATO sich an folgende Grundsätze halten: 1. Volle Solidarität der Mitglieder der westlichen Allianz gegenüber den sowjetischen Drohungen. 2. Eine besonders enge Solidarität mit der Bundesrepublik. 3. Entschlossenheit zum festen Widerstand gegen sowjetische Rechtseingriffe. 4. Wahrung der Freiheit Westberlins mit allen daraus folgenden Konsequenzen wie beispielsweise Aufrechterhaltung des freien Zugangs nach Berlin sowie Gewährleistung der politischen und wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Stadt. 5. Festhalten an der Forderung nach Wiederherstellung des freien Verkehrs zwischen Ost- und Westberlin. 6. Keine Anerkennung der „DDR“ und Weigerung, einen „Friedensvertrag“ mit der Sowjetzone abzuschließen.

## Ernste Konsequenzen

Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, erklärte vor dem WEU-Parlament, daß es bei künftigen Ost-West-Verhandlungen darum gehe, der Sowjetunion nachdrücklich die Möglichkeiten erster Konsequenzen ihrer Aggressivität vor Augen zu führen sowie die Rechte der Westmächte in Berlin und das Recht auf freien Zugang zu sichern. Lemmer nannte Berlin einen Testfall für die Standfestigkeit des Westens. Jedes Nachgeben, sagte der Minister, bedeute

(Fortsetzung auf Seite 7)



So wie hier in der Friedrichstraße sieht es an allen sieben Sektorenübergängen aus; Schlagbäume sperren zusätzlich die Durchfahrt.



EIN STÜCK SCHANDMAUER mit Stacheldraht und einer mahnenden Aufschrift steht jetzt auf dem Bahnhofsvorplatz von Schwerte (Ruhr). Die Mauer soll so lange stehenbleiben, bis auch die Mauer in Berlin entfernt wird.

# Weltkirchenrat hat keinen „Rutsch nach links“ gemacht

Der evangelische Bischof von Berlin, D. Dr. Dibelius, über die Weltkirchenkonferenz in Neu Delhi

Berlin (Eigenbericht). Es bestehe keine Wahrscheinlichkeit, daß die Tendenz, die Bedeutung des Kommunismus für die Zukunft der Kirche zu bagatellisieren, im Weltrat der Kirchen zum Zuge kommen werde. Die schweren Besorgnisse, die die deutsche Delegation am Beginn der Konferenz in Neu Delhi hatte, seien ihr im Verlauf der Tagung von den Schültern genommen worden. Dieses Fazit zog Bischof D. Dr. Dibelius aus den Verhandlungen der 3. Weltkirchenkonferenz in einem Bericht, den er kurz nach seiner Rückkehr aus Neu Delhi gab.

## Diskussion über Berlin

Auch über Berlin sei auf der Konferenz diskutiert worden, und in einer vom Plenum gebilligten Stellungnahme seien die beiden Meinungen, die zu diesem Fragenkomplex bestanden, fixiert worden, betonte Dibelius. Dabei hätten die Vertreter der verschiedenen Kirchen den unterschiedlichen Tendenzen Ausdruck gegeben, die den nationalen Linien ihres jeweiligen politischen Blocks entsprächen. Die osteuropäischen Vertreter hätten betont, es sei nicht möglich, Berlin isoliert zu behandeln, sondern die ganze Situation Deutschlands und Osteuropas sowie die Geschichte der am Krieg beteiligten Länder und die gegenwärtige Position der Bundesrepublik müßten dabei berücksichtigt werden.

Die kirchlichen Vertreter des Westens seien ebenfalls der Meinung gewesen, die Berlin-Frage nicht isoliert zu betrachten, sagte Dibelius weiter. Besonderen Wert haben sie jedoch auf die Feststellung gelegt, daß die Errichtung einer Mauer in einer Stadt kein Christ für verzeihlich halten könne und keine Nation das Recht habe, die Bevölkerung einer anderen Nation für ihre eigenen Zwecke zu mißbrauchen. Ferner habe man in der Verlautbarung festgestellt: Jeder Versuch, unbequeme Situationen mit Gewalt zu ändern, findet den Widerspruch der christlichen Kirchen. Verständigungsversuche müssen

Konzessionen von beiden Seiten einschließen.

In der Deutschland-Frage sprach man sich in der Verlautbarung außerdem für eine begrenzte Entwaffnung zur Milderung der Spannungen aus und warnte eindringlich vor weiteren Provokationen in der Berlin-Frage, sagte Dibelius. Irgendein weiterer Versuch, Berlin vom Osten oder vom Westen abzuspalten, sei zu verwerfen. Die Kirchen müßten darüber hinaus allen politischen Aktionen widerstehen, die geeignet seien, Nationen, Familien und Kirchen zu spalten.

Der Bischof berichtete weiter, daß man im Rahmen der Meinungen über eine Milderung der politischen Spannungen noch detaillierte Vorschläge aufgezählt habe, unter anderem den Rapacki-Plan. Die deutschen Vertreter hätten sich gegen die Nennung solcher Pläne gewandt, sich aber gegen den Widerstand der Russen nicht durchsetzen können. Dibelius sagte dazu, hier habe man zum erstenmal erlebt, wie es ist, wenn Vertreter im Weltkirchenrat sind, die mit Weisungen ihrer Regierungen angereist kommen.

## Bericht über Flüchtlinge

Ein anderer wichtiger Verhandlungsgegenstand ist die Flüchtlingsfrage gewesen. Bischof Dibelius hatte gerade an

dem Tag, als diese Probleme diskutiert wurden, den Vorsitz und konnte so von „den schauderhaften Dingen in Deutschland“ berichten, von denen in den offiziellen Verhandlungsvorlagen zunächst nicht die Rede gewesen ist und die sonst kaum zur Diskussion gekommen wären.

Auch die Tatsache der Behinderung von zehn deutschen Vertretern aus der Sowjetzone, die von den Pankower Behörden keine Ausreisegenehmigung erhalten hatten, ist schließlich noch durch den Erzbischof von York aufgegriffen worden, nachdem man zunächst von den zehn leeren Plätzen im Plenum keinerlei Notiz genommen hatte. Präses Scharf konnte schließlich auch eine Ansprache des Kottbusser Generalsuperintendenten Jakob verlesen, und der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Dr. Visser-t-Hooft, hat besondere Grüße an die deutschen Vertreter, die zu Hause bleiben mußten, gerichtet.

Dibelius stellte fest, daß der Weltrat der Kirchen keinen „Rutsch nach links“ gemacht habe.

Zur Nominierung Niemöllers für einen der sechs Präsidenten des Weltrates sagte Dibelius, sie sei für ihn überraschend gekommen. Aber er habe keinen Einspruch dagegen erhoben.

## Kardinal Döpfner:

# Nehmt euch der Opfer der Mauer an

Berlin (dpa). Kardinal Döpfner, Erzbischof von München, hat über den Rundfunk aufgerufen, sich gerade in der Adventszeit jener Menschen anzunehmen, die durch die Sperrmaßnahmen Pankows von ihren Angehörigen und Freunden gewaltsam getrennt sind. „Man kann verstehen, daß vor allem in der Zone ungezählte Menschen Angst vor dem Heiligen Abend haben, weil gerade an diesem Abend das ganze Elend unseres gespaltenen Volkes und unserer gespaltenen Familien aufbrechen wird. Dann werden viele erfassen, wie hoch die Mauer ist, die im August ge-

zogen wurde“, sagte der Kardinal. Aber diese Angst vor dem Heiligen Abend werde auch in der Bundesrepublik viele Menschen befallen, denn jeder vierte Bundesdeutsche habe Angehörige in der Zone. Wer selbst keine Verwandten in Mitteldeutschland habe, solle sich an Flüchtlinge wenden, die erst vor kurzem in die Bundesrepublik gekommen sind, denn niemand dürfe das Gefühl haben, vergessen zu sein, mahnte der Kardinal. Abschließend hob Döpfner die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen katholischen und evangelischen

(Fortsetzung auf Seite 6)

## Senator Lipschitz gestorben

### Herzanfall im Rathaus Schöneberg während einer Sondersitzung

Berlin (Eigenmeldung). Innen-senator Joachim Lipschitz ist nach der Sondersitzung des Senats über die Pariser Konferenz an einem Herzinfarkt gestorben. Bereits während der Senatssitzung hatte er einen Schwächeanfall. Er fuhr etwas später in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus, wo jedoch dann jede ärztliche Hilfe zu spät kam.

Die Todesnachricht ist weit über die Grenzen Berlins mit großer Erschütterung aufgenommen worden. Lipschitz galt allgemein als erstklassiger Verwaltungsfachmann und als einer der befähigsten Berliner Politiker. In einem ersten Nachruf des Senats heißt es: „Das freiheitliche Berlin hat einen seiner treuesten Söhne verloren. Joachim Lipschitz war ein leidenschaftlicher Kämpfer für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit.“

Lipschitz ist nur 43 Jahre alt geworden. Vor Kriegsausbruch

aus politischen und rassischen Gründen verfolgt, zog man ihn dennoch zum Wehrdienst ein. Er wurde wegen einer Kriegsverletzung im Rußland-Feldzug, die zur Amputation eines Armes führte, entlassen. Nach 1945 war Lipschitz unter anderem Bezirksrat in Lichtenberg, dann Stadtrat in Neukölln. Seit 1955 war er Senator für Inneres.

Zum Tode von Lipschitz sind aus allen Kreisen Westberlins und des In- und Auslandes Beileidtelegramme beim Senat eingegangen. Bundespräsident Lübke betonte, das ganze deutsche Volk trauere um den Verstorbenen. Auch Bundeskanzler Adenauer zeigte sich in einem Telegramm an Brandt über den Tod von Lipschitz tief erschüttert. Der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor Watson, erklärte, Lipschitz habe sein Leben für seine Mitbürger und für die Freiheit Berlins geopfert.

deren Verhandlungsort stattfanden.

Das DRK bemühte sich tagelang vergeblich um eine Antwort. Schließlich wurde am 1. Dezember über den Polizeifernschreiber eine entsprechende Mitteilung nach Ostberlin gesandt. Daraufhin erwiderte „man“, die Antwort der Ostberliner Behörden werde noch „einige Tage auf sich warten lassen“. Der Vorschlag müsse erst auf „höherer Ebene“ behandelt werden.

Am 14. Dezember ging beim Senat ein Fernschreiben des „Präsidenten der Volkspolizei Berlin“, Eikemeier, ein. Er teilte mit, eine Antwort auf

## SED-Weisung an Bischöfe

W.W. Bonn. — Die sowjet-zonale Regierung hat, wie in Bonn bekannt wird, dem katholischen Berliner Bischof Bengsch verboten, durch das Gebiet der Bundesrepublik zu reisen. Bengsch war dadurch vor kurzem bei seiner Reise nach Rom gezwungen, einen Umweg um Westdeutschland zu machen. Ebenso erging es dem Meißener Bischof Spülbeck, der über Prag reisen mußte, um das Bundesgebiet zu umgehen.

die Vorschläge sei nicht möglich, da es „in keinem Staat“ üblich sei, Reise- und Verkehrsfragen über das Deutsche Rote Kreuz zu regeln. Es sei allgemein bekannt, „daß die Regelung solcher Fragen durch Verhandlungen seitens des Senats von Westberlin mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen kann“.

Ergänzend wurde zu den Vorschlägen des Senats noch bekannt, daß er sich auch mit der Errichtung eines gesonderten Büros des Roten Kreuzes in Westberlin einverstanden erklärte, durch das Anträge auf Passierscheine entgegengenommen und ausgegeben werden sollten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

## Pankow will keine Passierscheine

(Fortsetzung von Seite 1)

Sektorengrenze je fünf koordinierte Kontrollstationen einzurichten und in einer Reihe von bestimmten Fällen grundsätzlich das Betreten und Verlassen Ostberlins mit Hilfe von Passierscheinen zu gestatten. Darunter sollte nach Ansicht des Senats zum Beispiel fallen:

- Zusammenführung von Verlobten, Ehegatten, Eltern und minderjährigen Kindern.

- Besuch von Verlobten, Ehegatten und Verwandten ersten und zweiten Grades und Verschwägerten ersten Grades.

Beisetzung der oben erwähnten Personen.

- Besuch von Friedhöfen und Besuch von Gottesdiensten sowie Ausübung seelsorgerischer Tätigkeit und karitativer Betreuung.

- Konsultation von Ärzten und Inanspruchnahme von Krankenhäusern.

- Wahrnehmung gerichtlicher Termine und Besuch eigenen Grundbesitzes.

- Besuch von Alliierten oder sonstigen ausländischen Behörden.

- Berichterstattung für Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film.

Die Westberliner Behörden verpflichteten sich ihrerseits, den Ein- und Ausgang über die Kontrollstationen keiner Genehmigung zu unterwerfen.

Am 24. November unterrichtete der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor Watson, den sowjetischen Kommandanten, Oberst Solowjew. Am gleichen Tage wurde der Senat ermächtigt, Kontakt mit den Behörden in Ostberlin aufzunehmen. Ebenfalls am 24. November wurde der Landesverband Berlin des Deutschen Roten Kreuzes gebeten, den Ostberliner Behörden eine Mitteilung des Senats zukommen zu lassen. Darin erklärte sich der Senat bereit, seinen Beauftragten für technische Kontakte, den leitenden Direktor Knoll zu Verhandlungen mit Dienststellen der Ostberliner Stadtverwaltung zu stellen. Diese Verhandlungen sollten im Büro des Deutschen Roten Kreuzes in Westberlin oder in dem Büro des DRK in Ostberlin oder an einem an-

## NATO bekräftigt feste Berlin-Haltung

### Sondierungen in Moskau gebilligt

Paris (dpa/ap/upi). In Paris hat der NATO-Ministerrat zum Abschluß seiner dreitägigen Beratungen seine Entschlossenheit zur Verteidigung der Freiheit Berlins unterstrichen. In dem Abschlußkommuniqué wird die Wiederaufnahme der diplomatischen Kontakte mit Moskau in der Berlin-Frage angekündigt. Das Kommuniqué betont die besondere Verantwortung der drei Westmächte für Berlin und weist darauf hin, daß sie weiterhin zu ihren eindeutigen Verpflichtungen stehen, jene zu schützen, die ihr Vertrauen in sie gesetzt haben.

Über die Form der Aufnahme von Sondierungen in der Berlin-Frage verläutet aus NATO-Kreisen, daß sie in der Hauptsache von US-Botschafter Thompson und seinem britischen Kollegen Roberts „unter Mithilfe des Repräsentanten der Bundesregierung“ geführt werden sollten.

In dem Kommuniqué wird betont, daß die Einmauerung der von der Sowjetunion beherrschten Bevölkerung der

Welt einmal mehr die wahre Natur des kommunistischen Systems und die unwiderstehliche Anziehungskraft einer freien Gesellschaft vor Augen geführt habe.

In dem Abschlußkommuniqué wird auch die Anweisung der Minister an den ständigen Rat erwähnt, über die Schaffung einer Raketen-Atomstreitkraft der NATO zu diskutieren.

In einer Sitzung des Ministerrates hatte NATO-Generalsekretär Stikker betont, daß die Berlin-Frage nur durch die vier Großmächte gelöst werden könne. Es bestehe Einvernehmen über die nicht verhandlungsfähigen Punkte, zu denen das Recht der Westmächte auf Truppenstationierung in Westberlin, das Recht auf freie Zufahrtswege nach der geteilten deutschen Hauptstadt und die Freiheit der Berliner Bevölkerung gehören.

Der Ministerrat betont schließlich in seinem Abschlußkommuniqué die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedstaaten zu verstärken.

## „Einmalig in der Geschichte der Welt“

### Weltlehrerverband untersuchte Schulverhältnisse

Zufrieden äußerten sich die Vertreter der Untersuchungskommission der Weltvereinigung der Lehrerverbände mit dem Ergebnis ihrer mehrtägigen Arbeit in Berlin. Es sei notwendig, so heißt es in einem Bericht, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Erklärung der Menschenrechte eine Lösung der ersten Schwierigkeiten zu finden, die sich in der derzeitigen Berliner Situation für Schule und Erzieher ergeben.

In Verhandlungen mit allen Regierungen sowie durch Veröffentlichungen und Konferenzen müsse alles geschehen, „daß die Kenntnis von den katastrophalen Auswirkungen der jüngsten Ereignisse in Berlin auf Lehrer, Schüler und Studenten so viele mitfühlende Mitmenschen erreicht wie irgend möglich.“ In diesem Zusammenhang empfiehlt die Kommission, daß noch mehr Lehrer und Erzieher als bisher bei Berlin-Besuchen Studien treiben und Informationen sammeln sollten. Die Herstellung eines Filmes wurde angeregt, der speziell die Auswirkungen der Mauer in Berlin auf das Erziehungs- und Kulturwesen

der Stadt zeigt. Ein afrikanischer Vertreter der Untersuchungskommission setzte sich dafür ein, vielen Lehrern aus Afrika einen Berlin-Besuch zu ermöglichen.

Generalsekretär Carr (USA) der sich auch mit mehreren aus der Zone geflüchteten Schülern unterhalten hatte, kündigte an, daß der Untersuchungsbericht nach etwa einem Monat in acht Sprachen an die rund vier Millionen Mitglieder der Weltvereinigung der Lehrer verschickt werden kann.

Ein französisches Mitglied der Untersuchungskommission faßte die Eindrücke seiner Studien und Gespräche zusam-

men, indem er sagte: „Es war erschütternd!“ Es gehe aus den von morgens bis abends intensiv geführten Untersuchungen hervor, daß gerade die Schule vom Sowjetzonensystem mißbraucht wird. An verschiedene Sonderorganisationen der UNO würden in der nächsten Zeit Empfehlungen weitergeleitet werden. Von den Teilnehmern wurde außerordentlich bedauert, daß der offizielle Vertreter der Sowjetzonen-Lehrerschaft, Wilke, auf die Einladung zu einem Gespräch nicht reagiert habe.

Für die menschlichen Empfindungen der einzelnen Mitglieder dieses so wichtigen Gremiums mögen hier die Worte des Franzosen wiedergegeben werden: „Daß man eine Mauer bauen muß, damit die eigenen Bürger nicht davonlaufen, ja, daß sogar Sichtblenden gegen das Winken errichtet werden, das ist einmalig in der Geschichte der Welt...“ Job

## Nehmt euch der Opfer der Mauer an

(Fortsetzung von Seite 4)

Gemeinden in der Zone hervor. „Man mag über Niemöller denken wie man will“, erklärte der Bischof, „aber wer einmal unter seiner Kanzel gesessen hat, jetzt oder vor zehn Jahren, der weiß, daß dieser Mann das Evangelium verkündet und nichts weiter will.“

Symbolischen Wert maß Dr. Dibelius ferner der Tatsache bei, daß die 3. Weltkirchenkonferenz von einem Deutschen eröffnet (Dibelius) und wieder von einem Deutschen (Niemöller) geschlossen wurde.

Auch zur Aufnahme der russisch-orthodoxen Kirchen äußerte sich der Bischof positiv. Es könne für jeden kirchlich Denkenden gar kein Zweifel sein, wenn eine der größten Kirchen der Welt, die bis dahin gehindert war, um Aufnahme nachsucht, diesem Ersuchen auch stattzugeben. Zweifellos würden sich besondere Probleme ergeben, schon allein die Frage, wieweit sich die verschiedenen orthodoxen Kirchen untereinander vertragen werden und wieweit die russische Kirche eine freie Kirche ist. C. F.

# Brentano: Keine isolierte Berlin-Lösung

CDU-Fraktionsvorsitzender nahm zu den Ost-West-Gesprächen Stellung

Berlin (Eigenbericht). „Es kann keine isolierte Berlin-Lösung geben, denn sie würde eine Dreiteilung Deutschlands bedeuten.“ Mit diesen Worten nahm der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag und frühere Bundesaußenminister von Brentano vor der Berliner Presse zu Ost-West-Verhandlungen Stellung. Auf die Frage, warum die Bundesregierung dennoch isolierte Berlin-Verhandlungen akzeptiere, sagte von Brentano, angesichts der kategorischen Weigerung der Sowjetunion, die deutsche Frage zu erörtern, habe man sich vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, das Berlin-Problem an den Anfang des Ost-West-Gesprächs zu setzen. Es sei oberster Grundsatz solcher Gespräche, die Freiheit Westberlins zu erhalten.

Auf eine weitere Frage, ob er glaube, daß es dem Bundeskanzler gelingen werde, de Gaulle zur Teilnahme an Ost-West-Verhandlungen zu überreden, meinte der ehemalige Minister, es komme weniger auf das Überreden als auf das Überzeugen

an, sowie darauf, daß der Westen vorher eine geschlossene Front bilde.

Brentano, der am Vormittag zusammen mit Sonderminister Krone die Sektorengrenze besichtigt hatte, gab seinem Abscheu über die Mauer mit den Worten Ausdruck: „Das ist pervers, das ist so unglaublich, das kann nicht so bleiben.“ Was er in der Bernauer Straße und am Brandenburger Tor gesehen habe, gebe es nicht einmal zwischen zwei Ländern, die im Kriege stehen.

Brentano und der 1. Landesvorsitzende der Berliner CDU, Bürgermeister Amrehn, sprachen auch vor der CDU-Mitarbeiterkonferenz. In einem ausführlichen Referat sagte Amrehn, jede Regelung für Berlin müsse von der Bewahrung der originären Rechte ausgehen. Wenn die Sowjetunion den Ostsektor auch juristisch in die Zone eingliedern wolle, könne sie den Westmächten nicht das Recht streitig machen, ihre Vorbehalte gegen die stärkere Einbeziehung Westberlins in den Bund aufzugeben.

„Von einer der SPD nahestehenden Berliner Zeitung aufgegriffenen „angeblichen früheren Plan des Bundeskanzlers“, den Regierenden Bürgermeister (damals Ernst Reuter) in das Bundeskabinett aufzunehmen, nannte Amrehn „durchaus erwägenswert“. Dieser Plan ließe sich nur nicht mehr verwerten, wenn in der Person des Regierenden Bürgermeisters zugleich der Führer und Gegenkandidat der Opposition spreche.

## Bürgermeister Amrehn

Zur gegenwärtigen Lage Berlins betonte der Bürgermeister, es bleibe maßgeblich, „daß die Arbeitsbedingungen in Berlin einen Anreiz bieten, hierzubleiben oder hierherzukommen.“ Im Frühjahr werde in der Bundesrepublik eine allgemeine Aktion mit allseitiger Unterstützung in Gang gesetzt werden müssen, um 25 000 junge Arbeitskräfte nach Berlin zu bringen. Dies sei in erster Linie eine politische, um nicht zu sagen eine nationale Aufgabe.“ Zu ihrer Erfüllung müsse die CDU als die größte deutsche Partei eine

besonders verpflichtende Rolle übernehmen.

Auf der Mitarbeiterkonferenz erklärte Brentano, der Westen könne es sich nicht leisten, noch irgendwelche Positionen zu verlieren. Unter großem Beifall fuhr er fort: „Wir müssen das Äußerste tun, was unserem Volk zumutbar ist, um unseren Beitrag zur Verteidigung zu erfüllen.“ Jeder, der diesen Beitrag drosseln wolle, müsse wissen, daß er die Situation Berlins dadurch tödlich gefährde. „Wir wollen doch keine atomaren Waffen, weil uns das Spaß macht. Wir wollen die NATO genauso stark gestalten, wie der potentielle Angreifer es ist.“

## Zuchthaus für Mitarbeiter der „Jungen Gemeinde“

Berlin (dpa). Wegen angeblich staatsfeindlicher Verbrechen hat das Bezirksgericht Potsdam drei Mitarbeiter der „Jungen Gemeinde“ in Potsdam verurteilt. Der Kaufmann Eberhard Grauer, gleichzeitig Mitglied der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg, erhielt vier Jahre Zuchthaus. Ebenfalls ins Zuchthaus müssen Ulrich Krüger und der Student Christian Wendland. Sie wurden zu zwei Jahren und neun Monaten beziehungsweise zu zwei Jahren verurteilt.

Kirchliche Kreise in Westberlin halten es für völlig unmöglich, daß die Verurteilten Verbrechen begangen haben; offensichtlich handele es sich um einen Gesinnungsprozeß.

## Geschenke des Papstes

An das Bistum Berlin

Berlin (DT). Wertvolle Geschenke hat Papst Johannes XXIII. als Zeichen seiner Verbundenheit mit dem Bistum Berlin dem Bischof Dr. Bengsch bei seinem ersten Aufenthalt im Vatikan überreichen lassen. Zu den Geschenken gehören eine Partikel des Kreuzes von Golgatha, eine Reliquie des Heiligen Papstes Clemens und ein kostbarer Speisekelch. Alle Geschenke sind mit einer besonderen Widmung des Papstes versehen. Papst Johannes hat sich mit dem Berliner Bischof achtzig Minuten lang unterhalten.

## WEU fordert feste Haltung des Westens

(Fortsetzung von Seite 3)

mehr als die Aufgabe einer Rechtsposition.

Letzmer kündigte an, daß die Bundesregierung eine neue Dokumentation über die Sowjetzonenflüchtlinge veröffentlichen werde.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin beschwor die Westmächte, sich auf keine Verhandlungen einzulassen, die zu einer Lösung der engen Bindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik führen könnten. „Mir erscheinen Berlin-Verhandlungen nur dann sinnvoll“, sagte Brandt, „wenn sie das Ziel haben, die Fragen des Zugangs nach Westberlin in einer für alle Seiten befriedigenden Form zu regeln, und wenn ein Minimum an Verbindungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt wiederhergestellt wird.“ Berlin ist ein Teil Deutschlands. Es kann nicht isoliert behandelt werden, erklärte Brandt.

# Auf der Flucht niedergeschossen

Zwischenfall an der französischen Sektorengrenze — Gitter am „Haus der Ministerien“

Ein Sowjetzonen-Grenzpolizist wurde bei dem Versuch, in den französischen Sektor zu entkommen, von einem seiner Genossen niedergeschossen. Zeugen hörten zuerst einzelne Schüsse, dann eine Salve aus einer Maschinepistole und schließlich ein Aufschreien. Als sie zur Grenze eilten, sahen sie einen Grenzpolizisten, der einen zweiten Uniformmantel über dem Arm trug. Als eine Funkwagen-

berliner Polizei wurden Metallrahmen mit Maschendraht vor den Fenstern eingesetzt.

Volkspolizei nahm an der Kronprinzenbrücke eine Frau fest, weil sie einer Westberlinerin zugewinkt hatte.

Ein kommunistischer Lautsprecherwagen, der sich „Sender der Vernunft“ nannte, ist an verschiedenen Abschnitten der Sektorengrenze aufgefahren und hat die Einstellung Westberliner Nachrichtensendungen des Senats verlangt. Der Sprecher drohte, die DDR „sei gezwungen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen“, wenn die Sendungen nicht aufhörten. Die Lautsprecherwagen des Senats senden täglich zwanzig Minuten lang an allen bewohnten Abschnitten der Sektorengrenze Nachrichten und Informationen für die Ostberliner Bevölkerung und die kommunistischen Grenzposten.

Die im Grenzdienst eingesetzte Westberliner Bereitschaftspolizei erhält jetzt von

den Alliierten vollautomatische Gewehre des amerikanischen Modells „M-2“. Das wurde in Berlin aus Kreisen der Alliierten und der Polizei bekannt. Die Ausbildung der Bereitschaftspolizisten an einigen neuen Schnellfeuergewehren habe bereits begonnen. Das Gewehr „M-2“ ist ein sehr leichter und handlicher Karabiner. Die Waffe ist 90 Zentimeter lang und wiegt mit Magazin nur drei Kilogramm. Das Magazin enthält 30 Patronen, die wie bei einem Maschinengewehr vollautomatisch im Dauerfeuer mit einer Geschwindigkeit von zwölf Schuß in der Sekunde abgefeuert werden können. Die bessere Bewaffnung der Westberliner Bereitschaftspolizei, die den zahlenmäßig weit überlegenen und mit sowjetischen Schnellfeuerwaffen ausgerüsteten Sowjetzonen-Grenzpolizisten gegenübersteht, ist dem Vernehmen nach von der alliierten Kommandantur beschlossen worden.



SCHILDER UND WAPPEN der einzelnen Städte und Länder, die Weihnachtsbäume für die Aktion „Licht an die Mauer“ nach Berlin schickten.

streife der Westberliner Polizei eintraf, sah sie in der Sowjetzone einen Krankenwagen fortfahren. Ein Westberliner Bauarbeiter berichtete später der Polizei, er habe den Grenzpolizisten auf dem Gebiet der Sowjetzone verletzt liegen sehen.

Die Fenster im ersten und zweiten Stockwerk des Ostberliner „Hauses der Ministerien“, des früheren Luftfahrtministeriums, unmittelbar an der Sektorengrenze, wurden vergittert. Nach Beobachtungen der West-

## Österreichischer Student erschossen

Dieter Wohlfahrt wollte der Mutter einer Kommilitonin helfen

Der 20jährige österreichische Student Dieter Wohlfahrt hat am 9. 12. den Versuch, einer Sowjetzonenbewohnerin zur Flucht zu verhelfen, mit seinem Leben bezahlen müssen. Die Sowjetzonen-Agentur adn teilte mit, daß Wohlfahrt von Grenzposten erschossen worden ist. Zugleich wurde erklärt, zwei andere Jugendliche seien festgenommen worden, nachdem sie sich mit der Volkspolizei an der Grenze des Westberliner Stadtteils Staaken ein Feuergefecht geliefert hätten.

Dieter Wohlfahrt hatte mit zwei anderen jungen Männern und drei Mädchen versucht, der in der Sowjetzone lebenden Mutter von einem der drei Mädchen die Flucht zu ermöglichen. Die Volkspolizeigrenzposten hatten die Fluchtvorbereitungen jedoch entdeckt. Sie nahmen die Mutter fest und eröffneten auf die sechs jungen Menschen das Feuer, unter dem Dieter Wohlfahrt zusammenbrach. Er wurde

durch den Stacheldraht gezogen und rund eineinhalb Stunden ohne Hilfe liegengelassen, ehe er abtransportiert wurde.

An der Stelle des Stacheldrahtzaunes bei Staaken, an der der österreichische Student erschossen wurde, legte die Tochter der festgenommenen Ostzonenbewohnerin einen Kranz nieder. Der Kranz war nach Angaben der Westberliner Polizei gegen 17 Uhr spurlos verschwunden.

Der Tod des Studenten hat eine Welle der Empörung, aber auch Kritik an der Untätigkeit der britischen Schutzmacht und der Westberliner Polizei ausgelöst. In einem Brief an die alliierten Stadtkommandanten und den Westberliner Senat erklärten die Studenten der Technischen Universität, es sei unverständlich, daß keine westlichen Sanitäter dem zwei Stunden lang am Stacheldraht liegenden Verletzten zu Hilfe gekommen sind.